



27. Januar 2017

Ausgabe 1/2017

Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

jetzt ist es raus: Wir gehen mit Martin Schulz als Kanzlerkandidat in den Wahlkampf. Zugegeben, diese Entscheidung und die Bekanntgabe in der Fraktionssitzung am Dienstag kamen für die meisten von uns überraschend. Aber ich bin davon überzeugt, dass wir mit Martin einen Kandidaten haben, der die Leute begeistern kann. Ich habe zudem großen Respekt vor Sigmars Entscheidung, nicht zu kandidieren und auch den Parteivorsitz abzugeben. Er hat seine persönlichen Ziele hinter das Wohl der Partei gestellt. Damit ist die Diskussion um die Kanzlerkandidatur beendet. Jetzt geht es mit vollem Schub ins Wahljahr.

Mehr Unterstützung für Alleinerziehende

Bund und Länder haben sich auf eine deutliche Verbesserung des Unterhaltsvorschlusses für Alleinerziehende geeinigt. So wird das Alter, bis zu dem der Staat für den Unterhalt aufkommt, wenn der Partner nicht oder unregelmäßig zahlt, von derzeit 12 auf 18 Jahre angehoben.

Die Sätze sollen je nach Alter zwischen 152 und 268 Euro monatlich liegen. Der Bund erhöht seinen Anteil an der Finanzierung um 10 Prozent und übernimmt nun 40 statt bisher 30 Prozent. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe einigte sich auch darauf, diese Unterstützung strenger bei den säumigen Elternteilen einzutreiben.

Wirtschaft wächst weiter

Im vergangenen Jahr ist unsere Wirtschaft um 1,9 Prozent gewachsen. Und der Trend hält in diesem Jahr an – wenn auch ein wenig abgeschwächt. Das besagt der aktuelle Jahreswirtschaftsbericht. Für den Arbeitsmarkt bedeutet das einen neuen Job-Rekord. Die Regierung rechnet damit, dass in diesem Jahr nochmals 320.000 Menschen mehr in Arbeit kommen. Gleichzeitig haben Arbeitnehmer durch Lohn- und Tariferhöhungen mehr Geld in der Tasche.

Allerdings gibt es auch Unsicherheiten, auf die sich unsere Wirtschaft einstellen muss. Noch sind die konkreten Folgen des Brexits nicht absehbar.

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann
 @bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04
 @bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

Auch wissen wir noch nicht, was Donald Trumps „Amerika zuerst“-Kurs für den internationalen Handel bedeuten wird. Seine ersten Amtshandlungen lassen jedoch vermuten, dass wir uns hier auf ein raueres Klima einstellen müssen.

Nicht zuletzt deswegen müssen wir die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärken. Der Schlüssel dazu sind innovative Produkte und Geschäftsmodelle. Deshalb wollen wir vor allem die Forschungsförderung für den Mittelstand ausbauen. Einen entsprechenden Antrag habe ich in die parlamentarischen Beratungen eingebracht.

Investieren statt sparen

Die gute wirtschaftliche Lage hat dazu geführt, dass der Bund 2016 erneut mehr eingenommen hat als er ausgab. Darüber, wie der erzielte Überschuss von 6 Milliarden Euro verwendet werden soll, gibt es in der Koalition unterschiedliche Ansichten. Der Finanzminister würde damit am liebsten Schulden abbauen. Zwar wollen auch wir den kommenden Generationen so wenig Schulden wie möglich hinterlassen. Aufgrund der niedrigen Zinsen können wir es uns aber gerade jetzt leisten, in die Zukunft zu investieren.

Wir wollen den Überschuss verwenden, um Schulen zu sanieren und so auszustatten, dass wir Schüler für die Herausforderungen der Digitalisierung fit machen. Denn moderne, gut ausgestattete Schulgebäude und Klassenräume sowie eine zeitgemäße IT-Ausstattung sind entscheidend für mehr Chancengleichheit in der Bildung. Vielen Städten und Gemeinden fehlt zudem Geld für die Sanierung von Straßen.

Deshalb haben wir beim Nachtrag zum Bundeshaushalt 2016 durchgesetzt, dass der Bund den „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ auf insgesamt 7 Milliarden Euro verdoppelt. Diese Mittel stehen für Investitionen in Bildungseinrichtungen vor Ort zur Verfügung. Möglich ist das, weil wir das Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufgebrochen haben.

Besserer Schutz vor Gefährdern

Der Anschlag in Berlin macht deutlich, dass wir im Umgang mit Menschen, die im Verdacht stehen Anschläge vorzubereiten, deutlich besser werden müssen. Bisher ist eine Inhaftierung solcher Personen nur möglich, wenn sie innerhalb von drei Monaten ausgewiesen werden können. Die SPD macht sich dafür stark, dass eine längere Haft möglich ist. Voraussetzung dafür ist, dass wir jetzt rechtlich genau festlegen, ab wann jemand als „Gefährder“ gilt.

Wir müssen zudem darüber nachdenken, wie wir die Rücknahme von ausreisepflichtigen Straftätern beschleunigen. In welcher Weise der Druck auf Länder erhöht werden kann, ihre Bürger zurück zu nehmen, wird derzeit diskutiert. Eine Lehre aus dem Anschlag in Berlin ist auch, dass Asylbewerber, die Behörden über ihre Identität täuschen, Sanktionen drohen müssen. Ihre Aufenthaltspflicht soll verschärft und verstärkt kontrolliert werden.

Härteres Vorgehen gegen Falschmeldungen und Hass

Bewusste Falschmeldungen, gezielte Provokationen und Hass sind Mittel von Populisten und Nationalisten in den Medien und vor allem in den sozialen Netzwerken. Sie vergiften das politische Klima in unserem Land und verhindern sachliche Debatten über die Probleme unserer Zeit.

Wenn wir keinen amerikanischen Wahlkampf erleben wollen, bei der Fakten keine Rolle mehr spielen, müssen wir Falschmeldungen sowie Verleumdungen und Verunglimpfungen in den sozialen Netzwerken einen Riegel vorschieben. Das gilt auch für den Einsatz von sogenannten Social Bots – also Programmen, die vorgeben, reale Personen zu sein. Betreiber sozialer Plattformen sollen deshalb stärker in die Pflicht genommen werden. Sie sollen falsche und verletzende Inhalte innerhalb von 24 Stunden nach deren Meldung löschen.

Facebook hat auf die Ankündigung bereits reagiert und will mit Hilfe eines unabhängigen Journalisten-Netzwerks gemeldete Inhalte prüfen und gegebenenfalls löschen.

SPD-Wirtschaftsexperten diskutieren über Energiefragen

Zum Jahresauftakt stellte ich auf einer Konferenz der Wirtschaftspolitiker der SPD den Klimaschutzplan 2050 vor. Mit ihm werden erstmals konkrete Treibhausgas-Einsparziele für alle Wirtschaftsfelder benannt.

Um die Erderwärmung auf höchstens 2 Grad zu begrenzen, müssen wir bis 2050 bis zu 95 Prozent der Treibhausgasemissionen einsparen. Zwar wurden bei den erneuerbaren Energien schon wesentliche Verbesserungen erreicht, aber vom Ziel einer Energieversorgung ohne den Ausstoß von Treibhausgasen sind wir noch weit entfernt. Besonders in den Bereichen Verkehr und Energieversorgung gibt es noch viel zu tun.

Langfristig müssen wir auch aus der Braunkohle raus. Das heißt aber, dass wir den betroffenen Menschen und Regionen neue Perspektiven eröffnen müssen. Darüber müssen wir mit Gewerkschaften, Gemeinden, Ländern und Zivilgesellschaft reden. Die SPD hat sichergestellt, dass das im Klimaschutzplan berücksichtigt wurde. Denn Klimaschutz kann nur gelingen, wenn die Bevölkerung dahinter steht.

Im Hinblick auf die Bundestagswahl häufen sich meine Termine im Wahlkreis noch einmal mehr als bisher. Gerade bis zur Landtagswahl werde ich in Ortsvereinen und nahe stehenden Organisationen über unsere Wahlkampfaktivitäten berichten. Allerdings beginnt bereits in der nächsten Woche die erste Podiumsdiskussion mit anderen Parteien. Natürlich freue ich mich auf jegliche Unterstützung von euch. Gemeinsam werden wir zuerst im Mai die NRW Wahl wuppen und anschließend die Bundestagswahl.

Liebe Grüße

Eure 